

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

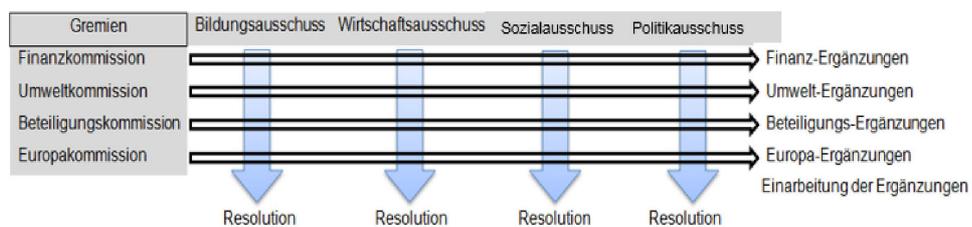
Jugend im Parlament

26. bis 30. September 2016

In der letzten Woche vor den Herbstferien nahmen 83 Jugendliche aus Bremen (77) und Bremerhaven (sechs) an der Veranstaltung zur politischen Jugendbildung „Jugend im Parlament 2016“ in der Bremischen Bürgerschaft teil. Die Veranstaltung fand zum neunten Mal statt, dieses Jahr mit einem neuen Orga-Team. Die Teilnehmenden im Alter von 13 bis 18 Jahren (Ø 15,4 Jahre) kamen aus 18 verschiedenen Schulen, wobei das Alte Gymnasium und die Hamburger Straße – als Angebot in der Projektwoche – dieses Mal stark vertreten waren. Mädchen waren mit 45 Teilnehmerinnen überproportional vertreten im Vergleich zu 38 Jungen. Trotzdem wurde in das sechsköpfige Präsidium nur ein Mädchen gewählt.

Mit dem Ziel, politische Arbeit hautnah kennenzulernen und Demokratie zu erleben, erarbeiteten die Teilnehmenden Resolutionen zu vorab selbst per Onlineabstimmung ausgewählten Themen. Dazu stand ein Zeitrahmen von Montag bis Donnerstag jeweils von 8.30 bis 17.00 Uhr zur Verfügung; am Freitagabend wurden die Resolutionen im Rahmen einer Abschlussdebatte an Senatsmitglieder und Bürgerschaftsabgeordnete übergeben.

Die Jugendlichen arbeiteten, begleitet von zehn studentischen Honorarkräften und einzelnen Beschäftigten der Bürgerschaftskanzlei, in vier Ausschüssen und vier Kommissionen an diesen Resolutionen. Dabei erhielten sie Unterstützung von Fachleuten aus den Senatsressorts, wofür diesen ein ausdrücklicher Dank gebührt. Die Kommissionen waren ein neues Element, das die inhaltliche Arbeit an den Resolutionen einer Matrixstruktur unterzog, um so die Qualität und die Zustimmungsfähigkeit zu erhöhen.



Zusätzlich entwickelten die Jugendlichen in eigener Initiative übergreifende, gemeinsame Resolutionen, anknüpfend an begleitende Veranstaltungsteile.

Begleitet wurde die Arbeit von zwei Vortragsveranstaltungen zum Wahlrecht und zu Jugendbeiräten sowie durch zwei Aktuelle Stunden zu den Themen Waffenproduktion und -export in/von Bremen sowie Aufstieg rechter Parteien/Flüchtlingsintegration; zum Abschluss wurde mit einer Jugendband gefeiert. Zu den Aktuellen Stunden und zur Abschlussdebatte stellten sich Senatsmitglieder und Abgeordnete in den Dienst dieses Projekts. Dies ist ein zentrales Element des Konzepts und wurde von den Teilnehmenden als besondere Wertschätzung empfunden.

Medial begleitet wurde die Veranstaltung mit einem von den Helfern befüllten facebook-Auftritt, durch Video- und Liveaufnahmen von Radio WeserTV (die auf der vimeo-Seite der Bremischen Bürgerschaft abrufbar sind). Der Weser-Kurier und die Nordsee-Zeitung berichteten, Radio Antenne brachte einen Kurzbeitrag.

Die Finanzierung der Veranstaltung erfolgte aus Mitteln der Bürgerschaftskanzlei. Für das Gesamtpaket, zu dem u. a. Verpflegung, Material, Honorarkräfte, Reinigung, Service, Bewachung, Technik, Musik und Möbeltransport zählen, wurden rd. 14 T€ aufgewandt.

Die Abschlussumfrage ergab, dass den Jugendlichen insbesondere die Diskussion und fachliche Arbeit in den Ausschüssen sehr gefallen hat. Auch die Aktuellen Stunden und die Debatten wurden sehr gelobt. Fast 90 % der Teilnehmenden würden sich erneut beteiligen. Insgesamt erhielt „Jugend im Parlament 2016“ die Schulnote 2+ (1,75).

Als Anlage werden die insgesamt neun Resolutionen überreicht. Sie wurden zwischenzeitlich dem Präsidenten des Senats und den Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft übersandt. Ein großartiges Signal an die Teilnehmenden und alle Beteiligten von Jugend im Parlament wären offizielle Stellungnahmen von Regierung, Parlament und Parteien zu diesem Werk, das nicht nur als Stimmungsbarometer der Jugend nutzbar ist, sondern auch Hinweise auf zukünftige Themen der politischen Agenda liefern könnte.

Christian Weber
(Präsident)



Jugend im Parlament

26. – 30. September 2016

Resolutionen

Der Landtag der Freien Hansestadt Bremen
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, 20195 Bremen
www.bremische-buergerschaft.de



Jugend im Parlament 2018

(alle Teilnehmenden)

Jugend im Parlament 2016 beschließt einstimmig,

Jugend im Parlament im Jahr 2018 erneut durchzuführen.

Forderungen von Jugend im Parlament 2014

bekräftigt von Jugend im Parlament 2016

(alle Teilnehmenden)

- Jugend im Parlament 2014 fordert, die Kompetenzen der Jugendbeiräte auf ein Stimm- und Rederecht in den Beiräten auszuweiten.
- Jugend im Parlament 2014 fordert ein festes und erweitertes Budget für die Jugendbeiräte.
- Jugend im Parlament 2014 fordert ein Jugendparlament, das als Jugendgremium auf Stadt- und Landesebene von der Bremischen Bürgerschaft einbezogen wird

Waffenexport aus Bremen

(alle Teilnehmenden)

Forderung

1. Jugend im Parlament fordert das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und an Staaten, die die UN-Menschenrechtskonventionen nicht unterschrieben und/oder ratifiziert haben, auf deren Territorien ein bewaffneter Konflikt stattfindet oder die Kriegsparteien in einem bewaffneten Konflikt sind.
2. Jugend im Parlament fordert einen stärkeren Einsatz im Bundesrat für das Erreichen dieser Ziele.

Problem

Jeden Tag werden tausende Kilogramm Munition aus Bremer Häfen in alle Welt verschifft. In Bremen haben mehrere große Waffenfirmen ihre Produktionssitze. Seit 2015 kommen hunderttausende Geflüchtete nach Deutschland und mehrere Tausend davon nach Bremen. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt und Zerstörung. Kriege, die mit Waffen aus den USA, der EU und auch aus Deutschland geführt werden. Deutschland trägt damit eine Teilverantwortung für die Fluchtursachen.

Resolution

Daher fordert Jugend im Parlament das Verbot sämtlicher Rüstungsexporte in Krisengebiete, an Staaten, die nicht die UN-Menschenrechtskonventionen unterschrieben und ratifiziert haben oder die Kriegspartei in einem bewaffneten Konflikt sind. Außerdem muss sichergestellt sein, dass diese Staaten die gelieferten Waffen nicht weiter verkaufen. Wird der Weiterverkauf festgestellt, werden alle Waffenexporte an dieses Land eingestellt und Sanktionen verhängt. Nur so können wir effizient und direkt Fluchtursachen bekämpfen.

Wir fordern, dass der Bremer Senat und die Bremische Bürgerschaft sich für die Erreichung dieser Ziele auf Bundes- und Europaebene einsetzen.

Praktische Integration von Politik in Schulen

(Ausschuss Gesellschaft und Politik)

Forderung

1. Jugend im Parlament fordert einen von anderen Fächern getrennten, praxis- und projektorientierten Politikunterricht.
2. Jugend im Parlament fordert diesen Unterricht als Pflichtfach ab der fünften Klasse.

3. Jugend im Parlament fordert, dass politische Strukturen und politische Bezüge im Unterricht voneinander klar getrennt werden.

Problem

Die politische Bildung vonseiten der Schule setzt oft erst ab der neunten Klasse ein.

Die Schülerinnen/Schüler haben dadurch zu wenig Kenntnis von Themen, die sich mit Politik auseinandersetzen.

Durch zu wenig angewandte Praxis gibt es immer weniger Jugendliche, die Interesse an Politik haben. Daraus resultierend bereitet die geringe Wahlbeteiligung nicht nur Jugend im Parlament, sondern auch vielen Politikerinnen/Politikern große Sorgen.

Resolution

1. Jugend im Parlament fordert einen dem Niveau angepassten Politikunterricht ab der fünften Klasse. Dieser Unterricht muss bis zum Ende der Mittelstufe mindestens sechs Halbjahre und mindestens ein Halbjahr pro Schuljahr verpflichtend sein.
2. Jugend im Parlament fordert in allen Schulstufen themenbezogene Projektzeiten. Diese sollen sich von der Grundschule an, mit steigendem Niveau, gemäß dem Alter der Schülerinnen/Schüler anpassen. Dabei lernt man auf spielerische Weise Politik näher kennen.
3. Jugend im Parlament fordert, den Unterricht mehr in Form von Diskussionen, Rollenspielen und Gesprächen mit regionalen Politikerinnen/Politiker etc. praktisch zu gestalten.
4. Jugend im Parlament fordert abwechslungsreichen Unterricht durch wöchentliche Inputs. Diese Inputs sollen sich unabhängig von den Unterrichtsthemen mit aktuellen politischen Themen befassen.
5. Jugend im Parlament fordert klar strukturierte Themenbereiche, die sowohl politische Strukturen, als auch politische Bezüge behandeln. Diese Themenbereiche wechseln halbjährlich.
6. Jugend im Parlament fordert die Schulen auf, selbstständig die Stunden zu verteilen. Jedoch dürfen nicht mehr Stunden für die Schülerinnen/Schüler eingeführt werden.
7. Eventueller finanzieller Mehrbedarf soll u. a. durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer und des Spitzensteuersatzes gedeckt werden (vergleiche Resolution Steuern) sowie über den bereits bestehenden Bildungshaushalt.
8. Neben der Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Demokratie sollen im Politikunterricht unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Weltanschauungen faktenorientiert und differenziert behandelt werden, um eine freie Meinungsbildung der Lernenden zu gewährleisten.

Dies sind unsere Lösungsmaßnahmen für die praktische Integration des Politikunterrichts an Schulen, um die Wahlbeteiligung der nächsten Generation zu erhöhen und das Interesse für Politik bei Jugendlichen zu steigern.

Überarbeitung des bremischen Schulsystems nach Auslaufen des Schulfriedens

(Ausschuss Bildung)

Forderung

Wir fordern die Abschaffung von G8 und die Überarbeitung des zweigliedrigen Schulsystems, bestehend aus Gymnasien und Oberschulen. Zudem soll die Möglichkeit für sehr leistungsstarke Schülerinnen/Schüler geschaffen werden, eine Klassenstufe zu überspringen. Außerdem fordern wir die Einsetzung des Bremer Senats für die Abschaffung des Kooperationsverbots hinsichtlich der Finanzierung von Bildung im Bundesrat.

Problem

Das Bremer Schulsystem ist zweigliedrig und besteht somit aus Oberschulen und Gymnasien. Auf den Oberschulen kann nach sechs Jahren ein Abschluss gemacht

werden, welcher über den weiteren Bildungsverlauf entscheidet. Nach dem sogenannten mittleren Schulabschluss mit Übergangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe haben die Schülerinnen/Schüler die Möglichkeit, eine gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Auf den Gymnasien kann derzeit der Mittlere Schulabschluss (MSA) in der Einführungsphase der Oberstufe bzw. das Abitur nach acht Jahren (G8) erreicht werden. Dieses Schulsystem sorgt für eine Reihe von schwerwiegenden Problemen. Einer der größten Kritikpunkte ist soziale Auslese durch das obengenannte zweigliedrige Schulsystem. Chancengleichheit wird momentan nicht ausreichend gewährleistet, soziale Herkunft und die Vorstellungen der Eltern über die Schulbildung der Kinder sind Punkte, die über den Bildungserfolg der Schülerinnen/Schüler entscheiden. Durch die Komprimierung des Lernstoffs im Bildungsplan auf ein Jahr weniger, nimmt die Stundenanzahl der Schülerinnen/Schüler zu und die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sinken. Außerdem steigt der Leistungsdruck bzw. die Lernbelastung durch G8 an Gymnasien.

Dies trägt in hohem Maß zu einer weiteren Differenzierung zwischen Jungen und Mädchen bei, was auf gesellschaftlich entstandene Rollenbilder zurückzuführen ist sowie die unterschiedlichen Lernverhalten und der einen unterschiedlichen Umgang mit Lernstress zur Folge hat. Daraus resultierend erreichen Jungen häufig einen schlechteren Abschluss. Außerdem sehen wir diesen Druck als Bedrohung für individuelle Entwicklungen der Schülerinnen/Schüler, auch fernab der Themen des Schulalltags, an. Die eingeschränkten zeitlichen Möglichkeiten können zu einer Einschränkung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten sowie den sozialen, kreativen und überfachlichen Kompetenzen führen. In dem derzeit existierenden bremischen Schulsystem beenden viele Schülerinnen/Schüler das Gymnasium in einem sehr jungen Alter. Darin sehen wir keine Vorteile für die breite Masse, sondern vor allem Vorteile für die Wirtschaft. Schülerinnen/Schüler der Oberschulen fallen der Übergang zur gymnasialen Oberstufe und die Umstellung auf das dortige Lernniveau häufig schwer. Die Notwendigkeit von einem wirtschaftlich, möglichst weniger aufwendigen Schulsystem, ist aus unserer Sicht der Unterfinanzierung der Bildung in Bremen zuzuschreiben.

Resolution

Wir fordern eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler durch ausreichend finanzierte „integrierte Gemeinschaftsschulen“. Diese Schulen umfassen ein Abitur nach 13 Jahren und die Möglichkeit, einen MSA in der 10. Klasse zu machen. Alle Schülerinnen und Schüler werden gemeinsam unterrichtet. Dennoch soll es verschiedene Niveaus (vergleiche Grund- und erweitertes Niveau) geben, damit die individuellen Leistungsniveaus und Stärken entsprechend unterrichtet werden können, um den Lernerfolg zu steigern. So soll jeder Lerntyp berücksichtigt werden, sodass persönliche Lernverhalten erkannt und eine entsprechende Förderung durchgeführt wird. Der Unterricht soll gemeinschaftsorientiert gestaltet werden und sieht vor, dass sich Schülerinnen/Schüler gegenseitig unterstützen, auch um soziale Kompetenzen zu fördern. Sie wären fundierter auf das Arbeitsleben, in dem immer kongruentere Kompetenzen gefordert werden, vorbereitet. Ziel des Ganzen ist es, dass es weniger Leistungs- und Konkurrenzdruck unter den Schülerinnen/Schülern gibt.

Zur Qualitätssicherung des Unterrichts sollen weiterhin Vergleichsarbeiten im Bundesland Bremen und bundesweit stattfinden. Um dies auch finanziell möglich zu machen, fordern wir, dass sich der Bremer Senat im Bundesrat für die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich Bildung einsetzt. Das Kooperationsverbot muss abgeschafft werden, sodass der Bildungsetat des Bundeslands Bremen soweit aufgestockt wird, dass eine Finanzierung von ausreichend neuen Lehrkräftestellen und genügend Lehrmaterial gesichert ist. Zusätzlich soll die Bildungsreform durch reduzierte Subventionierungen und Investitionen ermöglicht werden, denn Bildung ist die wichtigste Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft. Weiterhin ist die Umstellung eines Bildungssystems ein Prozess, welcher einer längeren Vorbereitung bedarf, durch den aber auch mehr Möglichkeiten der Mittelbeschaffung entstehen.

Um die Partizipation der Schülerinnen/Schüler zu fördern und ihre Möglichkeit Einfluss auf die Entscheidungen in der Schule zu nehmen, fordert Jugend im Parlament die Änderung der Stimmverteilung in der Schulkonferenz dahingehend, dass von nun an Schülerinnen/Schüler, Eltern und Lehrerinnen/Lehrer (inklusive Schulleitung) ein Drittel aller Stimmen haben. Mit der jetzigen Regelung sind Schülerinnen/Schüler und Eltern chronisch in der Minderheit und haben vom Stimmengewicht her gegen die Lehrerinnen/Lehrer keine Chance. Außerdem müssen die Schülerinnen/Schü-

ler endlich nicht nur hin und wieder Gehör in der Bremer Bildungspolitik finden, sondern endlich eine Chance haben, bildungspolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Daher fordert Jugend im Parlament, dass die Gesamtschülerinnen-/Gesamtschülervertretung zwei Sitze mit Stimmrecht in der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung erhält.

Integration von Flüchtlingen in Bremer und Bremerhavener Schulen

(Ausschuss Bildung)

Forderung

- Schaffung weiterer Klassenzüge in den Jahrgängen zwei bis vier im Primarbereich und den Jahrgängen sechs bis zehn im Sekundarbereich I.
- Geflüchtete sollen, wie die gesamte Schülerinnen-/Schülerschaft im Land Bremen, über ihre Partizipationsmöglichkeiten (besser) informiert werden.
- Anforderungen zum Besuch der Sekundarstufe II sollen für Geflüchtete in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz minimiert/gesenkt werden.
- Die Verwaltungsvorschrift in Bezug auf die Einstellung neuer Lehrerinnen/Lehrer dahingehend zu reformieren, dass die Dauer bis zur Einstellung nicht mehr bei einem halben Jahr liegt und man nicht auf Lehramtsstudentinnen/Lehramtsstudenten, die in den Stadtteilschulen tätig sind, zurückgreifen muss.
- Vermehrte Fortbildungen für Lehrerinnen/Lehrer in Bezug auf den Umgang mit zugewanderten/geflüchteten Menschen.
- Verstärkte Thematisierung der Beschulung von zugewanderten Personen im Lehramtsstudium.
- Verstärkte pädagogische Betreuung in den Schulen.

Problem

Durch den vor allem in den Sommer-, Herbst- und Wintermonaten im Jahr 2015 verstärkten Zuzug von zu beschulenden Flüchtlingen, sah sich die bremische Verwaltung mit einer noch nie da gewesenen Problematik konfrontiert. Dies hatte zur Folge, dass die Bildungsbehörde zunächst mit den damals zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln bis zum Ende des Jahres 2015 arbeiten musste. Das Land Bremen entschied sich dazu, ein integratives Modell zur Beschulung von Geflüchteten zu wählen. Daraus resultierend wurden keine Flüchtlingsklassen eingerichtet, sondern sogenannte Vorkurse, in denen die zugewanderten Schülerinnen/Schüler auf den Regelunterricht vorbereitet werden sollen. Da aus sozialgesellschaftlichen Gründen keine neuen Klassenzüge außer in den Jahrgängen I und V eingerichtet worden sind, folgte ein Anstieg der durchschnittlichen Schülerinnen-/Schüleranzahl in den Klassen, was das Lernen noch einmal erschwert hat. Zugleich kommt hinzu, dass die Migranten festen sozialen Gefügen gegenüberstehen, in die sich eine Integration aus Erfahrungsberichten als schwierig erweist. Ein weiteres Problem, welches aber in der gesamten bremischen Schülerinnen-/Schülerschaft vorzufinden ist, dass die Schülerinnen-/Schülerschaft nicht ausführlich genug über ihre Partizipationsmöglichkeiten informiert ist. Damit fehlt den Flüchtlingen die Möglichkeit, ihre schulpolitischen Anliegen weiterzugeben und publik zu machen, was von dem Bildungsausschuss von Jugend im Parlament aufs Schwerste kritisiert wird!

Ein weiteres Problem, welches sich vor allem mit dem Beginn der Flüchtlingsproblematik vorfinden lässt, ist der ansteigende Lehrerinnen-/Lehrermangel. Eine effektive Bekämpfung eben jener Problematik wird nicht nur durch die gesunkene Anzahl an Lehramtsstudentinnen/Lehramtsstudenten erschwert, sondern auch durch die aktuellen Verwaltungsschriften, die ein langandauerndes Bewerbungs- und Einstellungsverfahren im öffentlichen Dienst zur Folge haben. Auch sind die meisten Lehrerinnen/Lehrer nicht effektiv genug darauf geschult, zugewanderte Personen zu unterrichten. Auch ist die pädagogische Betreuung im Land Bremen noch stark ausbaufähig.

Resolution

Der Bildungsausschuss von Jugend im Parlament fordert, dass in Zukunft die Einrichtung weiterer Klassenzüge in den Jahrgängen zwei bis vier sowie sechs bis zehn

möglich wird. So ist sich der Ausschuss zwar bewusst, dass dies minimale Konsequenzen auf die sozialen Gefüge, die bereits in den Klassenverbänden bestand haben, zur Folge hat. Jedoch ist es für Flüchtlinge, wie bereits bei den Problemen geschildert, bedeutend schwieriger sich in diese bereits bestehenden Sozialgefüge zu integrieren.

Zugleich fordern wir die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die Schulleitungen dazu anzutreiben, eine bessere Informationspolitik in Bezug auf die Schülerinnen-/Schülermitbestimmung umzusetzen. Hierbei sollen primär auch Geflüchtete angesprochen werden, da diese besondere Interessen vertreten und die politische Teilhabe eine Möglichkeit ist, sich zu integrieren.

In Bezug auf den in Bremen bestehenden Lehrkräftemangel wird die Senatorin für Kinder und Bildung vonseiten des Ausschusses für Bildung aufgefordert, die Verwaltungsvorschriften in Bezug auf die Einstellung im öffentlichen Dienst zu reformieren und flexibler zu gestalten. Da jedoch ein entsprechender Bedarf an Lehrkräften vorhanden sein muss, fordert der Bildungsausschuss auf, den Lehrberuf durch die Einführung von Prämien und Boni interessanter zu gestalten. Bei der Bundeswehr ist die Nachwuchsgewinnung durch solche finanzielle Leistungen bereits gängige Praxis und führt uns zu der Frage, wieso bei der Bundeswehr solche Maßnahmen getroffen werden können, jedoch nicht bei der Gewinnung von Pädagoginnen/Pädagogen. Pensionierte Lehrerinnen/Lehrer sollen die Möglichkeit erhalten, temporär wieder in den Lehrberuf einzusteigen. Für ihre erneute Aufnahme der Lehrtätigkeit sollen sie eine Aufwandsentschädigung erhalten. Dies wird vom Ausschuss für Bildung von Jugend im Parlament jedoch nur als Interimslösung angesehen, bis der Bedarf an Lehrerinnen/Lehrer wieder ausreichend gedeckt ist.

Die mangelnde Kompetenz in Bezug auf die Beschulung von Geflüchteten kann dadurch verbessert werden, dass aktiv Fortbildungen für diesen Bereich der Unterrichtsgestaltung angeboten und der Besuch dieser vorgeschrieben wird. So soll auch im Lehramtsstudium verstärkt der Fokus auf die Beschulung von nicht deutschsprachigen Schülerinnen/Schüler gelegt werden. Die dafür notwendigen Finanzmittel sollen im Bildungshaushalt kommutativ zur Verfügung gestellt werden. Auch setzen wir uns für eine Erhöhung der Studienplätze für das Fach Deutsch als Zweitsprache ein.

Um den traumatischen Erlebnissen, die die zugewanderten Kinder und Jugendliche erlitten haben, gerecht zu werden, fordert der Ausschuss für Bildung von Jugend im Parlament die verstärkte Einsetzung von Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern. So sollen auf 200 Schülerinnen/Schüler eine Vollzeit beschäftigte Sozialarbeiterin/ein Vollzeit beschäftigter Sozialarbeiter kommen.

Zur Finanzierung dieser Vorhaben verweisen wir auf die vom Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft ausgearbeitete Steuerreform, welche Mehreinnahmen zu vermuten lässt. Außerdem folgen wir der Argumentation unseres Ausschusses, welche in der Resolution zur integrierten Gesamtschule festgeschrieben ist.

Finanzielle Existenzsicherung

(Ausschuss Soziales)

Forderung

Jugend im Parlament fordert eine Reform des Hartz-IV-Systems in Form einer Existenzsicherung, welche ausreichen soll, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Diese Existenzsicherung wird einkommensabhängig an Berechtigte ausbezahlt und ist nicht an weitere Bedingungen geknüpft.

Problem

Dadurch, dass eine ständige Kontrolle und der Zwang, jegliche Jobangebote anzunehmen, besteht, werden Hartz-IV-Empfängerinnen/Empfänger in ihrem Recht auf freie Berufswahl eingeschränkt. Durch die Einführung der Existenzsicherung fällt der Zwang bei der Arbeitssuche weg und somit steigt die Möglichkeit zur beruflichen Selbstverwirklichung („Arbeiten aus Spaß“). Des Weiteren kann die Existenzsicherung den stetigen Stress, die finanzielle Lage zu erhalten, erleichtern. Durch die Stärkung der Mittelschicht und die Sicherung eines allgemeinen Lebensstandards in der Bundesrepublik Deutschland wird die Stigmatisierung durch Hartz-IV abgeschwächt.

Resolution

Wir schlagen die Einführung einer Existenzsicherung, orientiert am bereits vorhandenen Sozialsystem des Arbeitslosengelds II (ALG II), vor. Anspruch auf die Existenzsicherung hat jede/jeder, die/der einkommenslos ist (die Zinserträge werden wie Lohneinkünfte behandelt) und in Deutschland Bleiberecht hat. Alle Empfängerinnen/Empfänger der Existenzsicherung haben die Möglichkeit, durch einen Minijob bis zu 450 € zu verdienen, welcher die Existenzsicherung nicht mindert. Damit soll ein menschenwürdiges Leben gesichert werden. Ab dem Rentenalter wird die Existenzsicherung zusätzlich zur Rente ausbezahlt, so lange die Rente geringer ist, als die Existenzsicherung zuzüglich des maximalen Verdienstes durch einen Minijob.

Zur Ermöglichung der Finanzierung schlagen wir eine Umschichtung innerhalb des Steuersystems vor, beispielsweise durch Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer sowie Steuern für umweltschädliche Stoffe. Außerdem gehen wir davon aus, dass durch die Reduzierung des Verwaltungsapparats, der für die Betreuung der Hartz-IV-Beziehenden notwendig war, Kosten gespart werden. Durch mehr Geld der Konsumentinnen/Konsumenten wird die innere deutsche Wirtschaft zudem gestärkt.

Jugendarbeitslosigkeit

(Ausschuss Arbeit und Wirtschaft)

Forderung

Wir fordern mindestens zwei verpflichtende Schulpraktika in der Sekundarstufe I (Länge jeweils mindestens zwei Wochen) und ein weiteres in der Sekundarstufe II (Länge drei Wochen) mit verschiedener Schwerpunktsetzung, welche wie bisher unentgeltlich sind. Zudem fordern wir den aktuellen Mindestlohn ausnahmslos für alle, und insbesondere ein besseres Arbeitsverhältnis in Ausbildungsberufen. Um u. a. die Einhaltung des Mindestlohns zu garantieren, ist eine vom Bundesland Bremen organisierte Schülerinnen-/Schüler-, Nebenjob- und Praktikumsbörse notwendig, die beim Senator für Arbeit angesiedelt ist. Das Geld hierzu soll aus dem Etat des Arbeitsressorts kommen. Außerdem sollen die Gewerkschaften aus den unten genannten Punkten gestärkt werden.

Problem

Ein großes Hindernis bei der Berufswahl Jugendlicher ist die mangelnde praktische Erfahrung in unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Es wird nicht genügend Auszubildenden Einblick in verschiedene Branchen ermöglicht. Durch Ausschließung Jugendlicher und Auszubildender vom Mindestlohn werden diese zum einen durch geringe Löhne ausgebeutet und zum anderen wird ihnen so die berufliche Erfahrung für spätere Berufe erschwert.

Es gibt keine zentrale Jobbörse, die eine Übersicht für Schülerinnen/Schüler beziehungsweise Nebenjobs und Praktika bietet.

Ein weiteres Problem stellt die schwache Stellung von Gewerkschaften dar. Obwohl diese über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln, sind Schülerinnen/Schüler zu wenig über Gewerkschaften und ihren Einfluss informiert.

Resolution

Um der Problematik der Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen, ist bereits vor dem Einstieg ins wirkliche Berufsleben ein Einblick in verschiedene Branchen notwendig. Durch unsere geforderten verpflichtenden Schulpraktika wird dieser Einblick gewährleistet und durch verschiedene Schwerpunktsetzungen werden bestimmte Bereiche attraktiver gemacht.

Durch die Errichtung einer Schülerinnen/Schüler-, Nebenjob- und Praktikumsbörse wird das Finden eines passenden Praktikums- oder Jobplatzes erleichtert. Beim Senator für Arbeit soll eine Stelle für die Einführung einer Schülerinnen/Schüler-, Nebenjob- und Praktikumsbörse geschaffen werden, die hierfür benötigten Haushaltsmittel sind im Budget des Arbeitsressorts bereitzustellen.

Die Einführung des Mindestlohns, ausnahmslos geltend für alle, ist zudem erforderlich, um die Ausbeutung bestimmter Personengruppen zu verhindern. Hierdurch sol-

len finanzielle Anreize geschaffen werden Arbeitserfahrungen zu sammeln. Verbesserte Arbeitsverhältnisse in Ausbildungsberufen müssen hergestellt werden, um die Attraktivität zu fördern.

Der hierdurch entstehende finanzielle Mehrbedarf soll u. a. durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie des Spitzensteuersatzes gedeckt werden (vergleiche Resolution Steuern). Eine Mindestausbildungsvergütung, orientiert am Mindestlohn, muss hierfür geschaffen werden. Wir fordern deshalb den Bremer Senat auf, sich in der Europakammer des Bundesrats verstärkt für einen höheren Etat für europäische Hilfsprojekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen.

Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es wichtig, den Abbau von Arbeitsplätzen und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zu verhindern. Gute Arbeitsbedingungen hingegen machen viele Berufe attraktiver. In unserem Wirtschaftssystem sind hauptsächlich die Gewerkschaften für das Erreichen dieser Ziele verantwortlich und sollen daher gestärkt werden. Deshalb fordert Jugend im Parlament die Abschaffung des Tarifeinheitsgesetzes, das Verbot von Aussperrungen durch die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber, die Aufhebung des Verbots des Generalstreiks, eine bessere Aufklärung der Schülerinnen/Schüler in der Schule über Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften und die Offenlegung der Geschäftsbücher für den Betriebsrat.

Steuer

(Ausschuss Arbeit und Wirtschaft)

Forderung

Wir fordern eine weitreichende Steuerreform mit folgenden Punkten:

1. Einführung der Vermögenssteuer,
2. Erhöhung des Erbschaftssteuerspitzensatzes und ein geringerer Freibetrag,
3. Steuerabgabe soll in der Kommune erfolgen, in der gearbeitet wird,
4. Erhöhung des Einkommenssteuerspitzensatzes und Erhöhung des Freibetrags,
5. alle auf dem deutschen Markt erwirtschafteten Umsätze müssen von dem jeweiligen Unternehmen in Deutschland versteuert werden.

Der Bremer Senat wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative die Erhöhung der Spitzensteuersätze in den Bundestag einzubringen.

Problem

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Insgesamt in Deutschland, aber vor allem in Bremen. Noch 1998 besaßen die oberen 10 % der deutschen Haushalte 45,1 % des Nettovermögens der gesamten Bevölkerung. In diesem Jahr waren es 51,9 %. Auf der anderen Seite besitzen die unteren 50 % der Bevölkerung 2 % des Nettovermögens. Diese Zahlen sind ein erschreckendes Beispiel dafür, wie in Deutschland das soziale Gefüge immer weiter auseinanderbricht und die Mittelschicht zerfällt.

Resolution

Um die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern, sollen Steuersätze angepasst werden. Da die Lebenshaltungskosten bei höherem Einkommen prozentual niedriger sind, ist es angemessen, dass Menschen mit höherem Einkommen auch prozentual mehr Steuern zahlen. Dies wird durch eine Erhöhung der Spitzensteuersätze erreicht sowie einer Staffelung bei der Erbschaftssteuer. Jedoch ist nicht nur eine zusätzliche Belastung Höherverdienender zielführend, eine Entlastung der Geringverdiener ist ebenfalls vonnöten. Hierfür soll der Freibetrag in Bezug auf die Einkommenssteuer erhöht werden, da dieser für Erbschafts- und Vermögenssteuern verringert wird. Zudem ist es unser Ziel, Steuerflucht zu minimieren, da dies zulasten der geringverdienenden Bevölkerung geht. Gerade Großkonzerne haben in dem jetzigen System viele Schlupflöcher gefunden, um sich vor der Verantwortung des Steuerzahlens zu drücken. Eine Steuerabgabe nach dem Umsatz des Unternehmens würde dieses Problem beheben, da der gesamte Umsatz in den Geschäftsbüchern der Unternehmen zu finden ist und die Steuerabgabe dadurch transparenter wird.

Es ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine regionale Steuerumverteilung nötig. Damit werden insbesondere Stadtstaaten wie Bremen gestärkt. Um dies zu erreichen, ist eine Rückkehr zur Steuerabgabe am Arbeitsort notwendig.

Überblick

Jugend im Parlament 2018

Jugend im Parlament 2016 beschließt einstimmig,

Jugend im Parlament im Jahr 2018 erneut durchzuführen.

Forderungen von Jugend im Parlament 2014, bekräftigt von Jugend im Parlament 2016

- Jugend im Parlament 2014 fordert, die Kompetenzen der Jugendbeiräte auf ein Stimm- und Rederecht in den Beiräten auszuweiten.
- Jugend im Parlament 2014 fordert ein festes und erweitertes Budget für die Jugendbeiräte.
- Jugend im Parlament 2014 fordert ein Jugendparlament, das als Jugendgremium auf Stadt- und Landesebene von der Bremischen Bürgerschaft einbezogen wird.

Waffenexport aus Bremen

1. Jugend im Parlament fordert das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und an Staaten, die die UN-Menschenrechtskonventionen nicht unterschrieben und/oder ratifiziert haben, auf deren Territorien ein bewaffneter Konflikt stattfindet oder die Kriegsparteien in einem bewaffneten Konflikt sind.
2. Jugend im Parlament fordert einen stärkeren Einsatz im Bundesrat für das Erreichen dieser Ziele.

Praktische Integration von Politik in Schulen

1. Jugend im Parlament fordert einen von anderen Fächern getrennten, praxis- und projektorientierten Politikunterricht.
2. Jugend im Parlament fordert diesen Unterricht als Pflichtfach ab der fünften Klasse.
3. Jugend im Parlament fordert, dass politische Strukturen und politische Bezüge im Unterricht voneinander klar getrennt werden.

Überarbeitung des bremischen Schulsystems nach Auslaufen des Schulfriedens

Wir fordern die Abschaffung von G8 und die Überarbeitung des zweigliedrigen Schulsystems, bestehend aus Gymnasien und Oberschulen. Zudem soll die Möglichkeit für sehr leistungsstarke Schülerinnen/Schüler geschaffen werden, eine Klassenstufe zu überspringen. Außerdem fordern wir die Einsetzung des Bremer Senats für die Abschaffung des Kooperationsverbots hinsichtlich der Finanzierung von Bildung im Bundesrat.

Integration von Flüchtlingen in Bremer und Bremerhavener Schulen

- Schaffung weiterer Klassenzüge in den Jahrgängen zwei bis vier im Primarbereich und den Jahrgängen sechs bis zehn im Sekundarbereich I.
- Geflüchtete sollen, wie die gesamte Schülerinnen-/Schülerschaft im Land Bremen, über ihre Partizipationsmöglichkeiten (besser) informiert werden.
- Anforderungen zum Besuch der Sekundarstufe II sollen für Geflüchtete in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz minimiert/gesenkt werden.
- Die Verwaltungsvorschrift in Bezug auf die Einstellung neuer Lehrerinnen/Lehrer dahingehend zu reformieren, dass die Dauer bis zur Einstellung nicht mehr bei einem halben Jahr liegt und man nicht auf Lehramtsstudentinnen/Lehramtsstudenten, die in den Stadtteilschulen tätig sind, zurückgreifen muss.
- Vermehrte Fortbildungen für Lehrerinnen/Lehrer in Bezug auf den Umgang mit zugewanderten/geflüchteten Menschen.

- Verstärkte Thematisierung der Beschulung von zugewanderten Personen im Lehramtsstudium.
- Verstärkte pädagogische Betreuung in den Schulen.

Finanzielle Existenzsicherung

Jugend im Parlament fordert eine Reform des Hartz-IV-Systems in Form einer Existenzsicherung, welche ausreichen soll, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Diese Existenzsicherung wird einkommensabhängig an Berechtigte ausbezahlt und ist nicht an weitere Bedingungen geknüpft.

Jugendarbeitslosigkeit

Wir fordern mindestens zwei verpflichtende Schulpraktika in der Sekundarstufe I (Länge jeweils mindestens zwei Wochen) und ein weiteres in der Sekundarstufe II (Länge drei Wochen) mit verschiedener Schwerpunktsetzung, welche wie bisher unentgeltlich sind. Zudem fordern wir den aktuellen Mindestlohn ausnahmslos für alle, und insbesondere ein besseres Arbeitsverhältnis in Ausbildungsberufen. Um u. a. die Einhaltung des Mindestlohns zu garantieren, ist eine vom Bundesland Bremen organisierte Schülerinnen-/Schüler-, Nebenjob- und Praktikumsbörse notwendig, die beim Senator für Arbeit angesiedelt ist. Das Geld hierzu soll aus dem Etat des Arbeitsressorts kommen. Außerdem sollen die Gewerkschaften aus den unten genannten Punkten gestärkt werden.

Steuer

Wir fordern eine weitreichende Steuerreform mit folgenden Punkten:

1. Einführung der Vermögenssteuer,
2. Erhöhung des Erbschaftssteuerspitzensatzes und ein geringerer Freibetrag,
3. Steuerabgabe soll in der Kommune erfolgen, in der gearbeitet wird,
4. Erhöhung des Einkommenssteuerspitzensatzes und Erhöhung des Freibetrags,
5. alle auf dem deutschen Markt erwirtschafteten Umsätze müssen von dem jeweiligen Unternehmen in Deutschland versteuert werden

Der Bremer Senat wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative die Erhöhung der Spitzensteuersätze in den Bundestag einzubringen.